

Wenn das Geld nur für Toastbrot reicht

Eine Studie unter den Mitgliedern des Seniorenbundes kommt zum eindeutigen Schluss: Altersarmut ist auch im Fürstentum ein Thema.

Interview: Elias Quaderer

Erstmals hat Sozialarbeiterin **Lisa Hermann** im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema Altersarmut in Liechtenstein erforscht. Mittels einer Umfrage unter den Mitgliedern des Seniorenbunds konnte sie aufzeigen, dass es auch im Land Senioren und Seniorinnen gibt, die **armutsgefährdet** sind.

Frau Hermann, was bietet Ihre Studie Neuartiges für die Sozialforschung in Liechtenstein?

Lisa Hermann: Zentral ist, dass es sich um die erste Erhebung handelt, die so viele Personen befragte. Mehr als 200 Mitglieder des Seniorenbunds nahmen an der Umfrage teil. Zudem wurden die Teilnehmer nicht nur zu ihren finanziellen Verhältnissen befragt, sondern zu verschiedenen Herausforderungen, mit denen ältere Menschen konfrontiert sind.

Von den befragten Senioren sind gemäss Ihrer Studie rund sechs Prozent armutsgefährdet. Wie interpretieren Sie diese Zahl?

Es ist kaum möglich von den Mitgliedern des Seniorenbundes auf die Gesamtbevölkerung zu schliessen. Dennoch zeigt die Umfrage deutlich: Auch bei uns gibt es Altersarmut. Dieses Erkenntnis steht konträr zu den bisherigen Aussagen der Regierung, dass es in Liechtenstein keine Personen gibt, die in Armut leben.

Woran ist festzumachen, dass diese sechs Prozent armutsgefährdet sind?

Dieser Anteil der Befragten gilt als armutsgefährdet, da sie auf bestimmte Dienste, wie Arztbesuche oder Pflegeausgaben, verzichten. Und die Erfahrung zeigt, dass für solche Personen mit fortschreitendem Alter die Gefahr nur noch mehr zunimmt, in die Armut abzurutschen.

Neben der Umfrage haben Sie auch Interviews mit Experten geführt. Dort werden eindruckliche Beispiele für Altersarmut erwähnt.

Genau. Die Experten erzählen von Fällen, bei denen eine Person sich nur noch von Toastbrot ernährt, um Geld zu sparen. Oder eine Person, die nur noch zwei Franken als einzig verfügbares Geld besitzt.

Wie ist so etwas in Liechtenstein möglich?

Jeder im Land hat Anrecht auf Sozialhilfe. Jedoch muss dieses Grundrecht von der entsprechenden Person auch angefordert werden. Und es gibt einige Personen, die sich aus Scham nicht trauen, die Leistungen zu beziehen. In den Interviews erzählten die Experten, dass viele lieber nichts beziehen wollen und stattdessen mit der Haltung leben: «Irgendwie geht es schon.»

Der Landtag überwies im März ein Postulat, um die Hürden für die Prämienverbilligung zu senken. Können Sie aus Ihrer Studie auch schliessen, dass hier zu grosse Hürden bestehen?

Die Prämienverbilligung ist beim Amt für Soziale Dienste angegliedert. Nur schon vor dem Gang auf das Amt haben viele Hemmungen. Daneben wissen viele nicht, ob sie überhaupt anspruchsberechtigt sind. Drittens bestehen aber auch häufig persönliche Hemmungen, staatliche Leistungen zu beanspruchen. Diese drei Hemmschwellen gilt es abzubauen.

Wie ein roter Faden zieht sich das Thema Wohnen im Alter durch Ihre Arbeit.

Liechtenstein muss sich überlegen, wo zukünftig ältere Personen leben sollen. Denn altersgerechte Wohnungen auf dem Markt zu finden, gestaltet sich schwierig. Und das Eigenheim



Lisa Hermann: «Nur mit einer Rentenerhöhung ist es nicht getan.»

Bild: Daniel Schwendener

altersgerecht umzubauen, ist nur mit einem grossen finanziellen Aufwand möglich. Aber die Herausforderungen beim Wohnen sind Teil eines grösseren Problems.

Und das wäre?

Liechtenstein fehlt bislang eine definierte Altersstrategie. Und darin würden auch Konzepte gehören, wie die Senioren auch künftig in genügenden Rahmen finanziell abgesichert werden oder welche Wohnmöglichkeiten das Land bietet.

Das jetzige Regierungsprogramm sieht eine Altersstrategie vor und die Vorarbeiten dafür haben schon begonnen. Dennoch sind wir in Liechten-

stein erst in den Anfängen dieser Themen. In anderen Staaten ist es bereits seit Langem gang und gäbe, dass die Probleme des älteren Gesellschaftsteils grundlegend erfasst werden.

Sie haben die Teilnehmer der Studie gefragt, wo sie den grössten Handlungsbedarf sehen. Drei Viertel sprachen sich für höhere Renten aus. Muss hier der Hebel angesetzt werden?

Wenn Personen über keine Pensionskassen verfügen, kann es nur mit der AHV knapp werden. Darum ist diese Forderung für mich realistisch. Aber nur mit einer Rentenerhöhung ist es nicht getan. Es braucht darüber hinausgehende Unterstützung.

Eine Ihrer Forderungen ist eine zentrale, niederschwellige Anlaufstelle für Senioren. Wo greifen die bisherigen Angebote zu kurz?

Für bestimmte Einzelfälle benötigt es Sozialarbeiter, die mit einer Person auf das Amt gehen und ihr helfen einen Antrag auszufüllen. Oder zum Zahnarzt, um einen Kostenvorschlag zu erstellen. Für solche Dienste bräuchte es einen Ausbau der Informations- und Beratungsstelle Alter (IBA).

Aber auch lokale Angebote in den einzelnen Gemeinden sind für Sie wichtig.

Ja. Gerade weil Senioren nicht mehr sonderlich mobil sind, braucht es auch Anlaufstellen in

den einzelnen Gemeinden. Die neue Seniorenschulung der Gemeinden Schellenberg, Gamprin und Ruggell ist hier vorbildhaft. Aber auch die einzelnen Seniorentreffs sind sicher hilfreich. Denn gerade durch den Austausch mit anderen können viele soziale Probleme zumindest abgedeckt werden.

Doch hier sehen Sie auch noch Luft nach oben?

Die Möglichkeiten, um sich auszutauschen, könnten noch ausgebaut werden. Vor allem wenn man betrachtet, welche Angebote für Jugendliche existieren.

Ihre Studie zeigt auch, dass Frauen tendenziell weniger über Pensionskassen verfügen als Männer, dafür beantragen sie häufiger Prämienverbilligung. Was ist daraus zu schliessen?

Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, dass Frauen eher armutsgefährdet sind als Männer. Dies deckt sich auch mit Studien anderer europäischer Staaten. Grund: Frauen leisten den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit. So entstehen Erwerbslücken. Frauen zahlen weniger in die AHV ein und verfügen häufiger über keine Pensionskasse. Zudem leben Frauen länger, sind aber mit fortschreitendem Alter auch mit höheren Gesundheitskosten konfrontiert.

Wie kann dem Problem entgegengewirkt werden?

Mögliche Ansatzpunkte sind sicherlich, dass versucht wird, die Löhne zwischen Mann und Frau anzugleichen. Oder Frauen, die Care-Arbeit leisten, finanziell besser zu versorgen.

Abschliessend ein Ausblick: Was muss sich in Liechtenstein noch tun?

Das Bewusstsein, dass Altersarmut ein Problem im Land ist, muss geschärft werden. Hier stehen wir noch am Anfang.